



**Eigenheimerverband
Deutschland e. V.**

Wer soll das bezahlen – wer hat so viel Geld?

Die Corona-Krise beherrscht vordergründig Presse und Politik – zumindest was das Suchen nach Lösungen zur Gesundheits- und Wirtschaftssicherung betrifft. Die Bundesregierung handelt, die Landesregierung steht nicht nach. Doch auch der politische Alltag bleibt nicht stehen. Er läuft weiter. Nur unauffälliger.

Positiv, wenn in Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Peter Hauk ein Wiederaufforstungsprogramm für geschädigte oder kahle Waldflächen auflegen will. Die Kultur- und Sozialleistung unserer Waldbauern muss anerkannt werden. Die ökologische Bedeutung des Waldes ohnehin. Noch positiver wäre es jedoch, wenn ökologisch ungeeignete Flächen davon ausgenommen würden, welche die Siedlungen bedrängen, für Häuser eine Gefahr sind (auch im Hinblick auf potentielle Waldbrandrisiken) und, vom Aufwuchs befreit, düstere Schattenlöcher wieder sonnig machen würden.

Positiv, wenn rund 500 neue Stellen in Baden-Württemberg bei der Finanzverwaltung geschaffen werden sollen – allerdings um die komplizierten, neuen Grundsteuer-Regelungen umzusetzen. „Eine rechtliche Handhabe, die Aufkommensneutralität sicherzustellen, besteht auf Grund des verfassungsrechtlich garantierten Hebesatzrechts der Kommunen nicht“, so zitiert die Mittelbadische Heimatpresse / Offenburger Tageblatt am 29. Mai 2020 aus einer Kabinettsvorlage. Das haben wir zuvor gewusst – obwohl es politisch immer verharmlost wurde. Kommt jetzt wieder der tiefe Griff

in die Taschen der Häuslebauer und der Mieter?

Die Corona-Krise kostet Geld. Darüber, wer's bezahlen soll, schweigt die Politik noch. Nicht nur Eltern, Arbeitnehmern und Selbständigen wird geholfen, mancher Dax-Konzern hat sich ohne zu zögern an die öffentlich-rechtliche Futtermühle der Förderungen gedrängt. Während viele in Sorge um die Existenz leben, stellt sich die Frage: Werden dort via Füllhorn weiterhin üppige Vorstandsgehälter und feudale Aufsichtsratsantennen ausgeschüttet? Es herrscht beredtes Schweigen. Zahlt die im Endeffekt wieder der „kleine Mann“ über seine Steuern?

Gilt etwa: Welche Lust, Hansa zu dienen und dabei auch noch vielfältig gemästet zu werden?! Es bleibt zu befürchten, dass die ganzen Kosten über einen neuen Lastenausgleich – wie schon einmal – vor allem von der gesellschaftlichen Mitte – Eigenheimer, Facharbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige – bezahlt werden sollen. Sogenannte „systemrelevante“ Unternehmen werden ganz sicher wieder ungeschoren davonkommen. Nicht nur für Gartenfreunde und Eigenheimer gilt: Bleibt wachsam! Und meldet Euch zu Wort, bevor es zu spät ist.

RA Ralf Bernd Herden

Landesverband der Gartenfreunde Baden-Württemberg e.V.